

Resolution der Vertreterversammlung der KV Nordrhein am 3.9.2008

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein bringt ihre Empörung für den versorgungsfeindlichen Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses vom 27. August 2008 zum Ausdruck. Die nordrheinischen Ärztinnen und Ärzte fühlen sich von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung verraten und verkauft. Wir sehen die akute Gefahr, dass die ambulante Versorgung im Rheinland ausblutet.

Vor allem drei Regelungen dieses Beschlusses bedrohen die ambulante Versorgung im Rheinland:

1. Die den nordrheinischen Praxen zugestandene Steigerungsrate der Gesamtvergütung von gerade mal 3,6 Prozent oder 109,6 Millionen Euro im Jahr 2009 ist völlig unzureichend und unangemessen. Die Region Nordrhein ist mit einer Bevölkerung von rund 9,6 Millionen Einwohnern und rund 17.000 Ärztinnen und Ärzten der drittgrößte KV-Bezirk der Bundesrepublik und erhält zusammen mit Baden-Württemberg die schlechteste Steigerungsrate. Bayern dagegen kann eine Steigerungsrate von 6,8 Prozent verzeichnen.

Der im Beschluss festgelegte Punktwert für ärztliche Leistungen von 3,5 Cent liegt um 0,3 Cent unter dem aktuellen Punktwert in Nordrhein von 3,8 Cent. Das bedeutet eine Abwertung der Leistung der nordrheinischen Ärzte um 7,9 Prozent. Nur durch äußerst rationale, am Notwendigen orientierte Behandlungen und durch unbezahlte Mehrarbeit konnte dieser relativ hohe nordrheinische Punktwert erwirtschaftet werden.

2. Ungeheuerlich ist, dass der Bewertungsausschuss den Punktwert diktatorisch festsetzt und die Öffnungsklausel des SGB V für regionale Verhandlungen, die durchaus auch vom empfohlenen Punktwert nach oben abweichen können, außer Kraft setzt.
3. Die Ablösung der leistungsfeindlichen Budgets durch Regelleistungsvolumen entpuppt sich als Mogelpackung. Durch die im Beschluss des Bewertungsausschusses festgelegte Begrenzung der Fallzahl auf Vorjahreszahlen werden die patientenfeindlichen Budgets zementiert. Wartezeiten sind damit unvermeidbar, da die Behandlung zusätzlicher neuer Patienten verhindert wird.

Zusammenfassend stellen wir fest: Mit diesem Beschluss werden leistungsstarke und verantwortungsbewusste Regionen bestraft, wohingegen Unwirtschaftlichkeiten in anderen Regionen belohnt werden.

Wir appellieren an die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die Gesundheitspolitiker und die Krankenkassen, den Beschluss in dieser Form nicht umzusetzen und eine Neuverteilung der Zuwachsraten vorzunehmen.

Antragsteller: Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein